



Reihenfolge der Beratung der 8. Tagung

Hinweis: Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der Beginn der Beratung zeitlich festgelegt.

TOP		angemeldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
Mittwoch, 24. Januar 2018			
1A	Regierungserklärung zur Vereinbarung mit den kommunalen Landesverbänden	105	10:00
20	Dauerhafter Erhalt von Gieselau-Kanal und -Schleuse als Bundeswasserstraße	35	11:45
13 + 14	Erste Lesung der Entwürfe von Gesetzen zur Änderung des Gesetzes über das Landesverfassungsgericht - Eine Aussprache ist nicht vorgesehen -	0	12:20
29	Elektromobilität technologieoffen voranbringen	35	15:00
21 + 42	Umsetzung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission	35	15:35
22	Gesundheitsschutz beim Shisha-Rauchen	35	16:10
23	Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen schulgeldfrei gestalten	35	16:45
Donnerstag, 25. Januar 2018			
33	Kommunalen Wohnungsbau stärken - innovative Wohnkonzepte fördern	35	10:00
6	Änderung des Bibliotheksgesetzes	35	10:35
30	Aktuelle Fälle des Kirchenasyls auf den Prüfstand stellen	35	11:10
32	Zeitplan für die Regionalplanung vorlegen	35	11:45
13 + 14	Zweite Lesung von Entwürfen von Gesetzen zur Änderung des Gesetzes über das Landesverfassungsgericht - Eine Aussprache ist nicht vorgesehen -	0	12:20
26	Modellversuch zum „Begleiteten Fahren ab 16“	35	15:00
27	Werbung für Schwangerschaftsabbrüche nicht zulassen	35	15:35
34	Fonds für Barrierefreiheit einrichten	35	16:10
39	Volksinitiative "Schleswig-Holstein stoppt CETA"	35	16:45
Freitag, 26. Januar 2018			
25	Afrikanische Schweinepest	35	10:00
28	Deutsch-türkisches Sozialversicherungsabkommen aufkündigen	35	10:35
43	Tätigkeitsbericht der Antidiskriminierungsstelle des Landes	35	11:10

Zu folgenden Tagesordnungspunkten ist eine Aussprache nicht vorgesehen:

TOP	
16	Wahl der Mitglieder des Gremiums nach § 8a Abs. 3 Landesministergesetz
17	Wahl der Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums
18	Ersatzwahl für den Richterwahlausschuss
19	Bestellung der Mitglieder der G 10-Kommission gemäß § 26a Abs. 2 des Gesetzes über den Verfassungsschutz

Zu den Tagesordnungspunkten ohne Aussprache ist eine Gesamtabstimmung vorgesehen (Sammeldrucksache 19/466):

TOP	
2	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes
3	Änderung des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes - Einreichung von Wahlvorschlägen gem. § 51 GKWG -
4	Änderung der Verfassung - Absenkung Quoren Volksbegehren und Volksentscheid
5	Änderung des Wasserabgabengesetzes - Verwendung des Aufkommens aus der Wasserabgabe
7	Gesetz zum Einundzwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge
8	Staatsvertrag über den Datenschutz beim Norddeutschen Rundfunk
9	Gesetz zum Siebten Staatsvertrag zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften
10	Änderung des Errichtungsgesetzes der Stiftungen „Institut für Weltwirtschaft“ und "Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft“
11	Gesetz zur Anpassung des Datenschutzrechts an die Verordnung (EU) 2016/679
12	Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und des § 6b Bundeskindergeldgesetz
15	Änderung des Allgemeinen Verwaltungsgesetzes - Schusswaffengebrauch gegen Personen
24	Sachstand und Planung der Überarbeitung des Kommunalen Finanzausgleiches
36	Überholverbot für LKWs auf der A 7
37	Keine Übertragung der Verwaltung der Bundesstraßen an den Bund
40	Bundeseinheitliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln
41	Personalstruktur- und Personalmanagementbericht 2017

Es ist beabsichtigt, die folgenden Punkte von der Tagesordnung abzusetzen:

31	Ausnahmegenehmigungen von der Euro-VI-Norm für Fahrzeuge der Klassen N2 und N3
35	Integration durch gute „Deutsch als Zweitsprache“ (DaZ)-Angebote
38	Planungsverfahren für die Infrastruktur beschleunigen
44	Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung